

N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Revisionsausschuss
am 10.09.2003**

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : stellv. Vorsitzender Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 19/03, 20/03, 20/03 NÖ, 21/03

(Drucksachenband 86)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Tagesordnung	siehe Anlage 3
--------------	----------------

Veröffentlichung	siehe Anlage 4
------------------	----------------

Presseberichterstattung	siehe Anlage 5
-------------------------	----------------

Tagesordnung

0087 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

einstimmig

0088 03-V-20-0038

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2003 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

einstimmig

0089 03-V-20-0039

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2003 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

einstimmig

0090 03-V-30-0005

Datenschutzbericht 2002

Der Datenschutzbeauftragte ist in der Sitzung nicht anwesend.

Stv. Bayer fragt zu Punkt 4 nach, ob es richtig ist, dass die Bürger zum Bezug von Sozialhilfe befragt werden, weil die Daten an Forschungsinstitute weiter gegeben werden. Fingerspitzengefühl von Seiten der Verwaltung wäre hier angebracht. Es wäre sicher sinnvoll, die betroffenen Bürger zu informieren, dass die Daten weiter gegeben wurden.

Stellv. Vorsitzender Tollebeek stellt fest, dass es sich im konkreten Fall um das Verfahren einer übergeordneten Behörde (Sozialministerium) handelt, die Daten an Infratest weiter geleitet hat. Er regt an, die Frage ins Protokoll aufzunehmen, an den

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Datenschutzbeauftragten weiter zu geben und evtl. einen Antrag für eine der nächsten Sitzungen zu formulieren.

Der Datenschutzbeauftragte hatte die Angelegenheit bereits bearbeitet und festgestellt, dass formal alles in Ordnung ist.

Stv. Nickel hat eine Nachfrage zu Punkt 1 – Missbrauch des Mandatsträgerverzeichnisses.

Hat ein Mandatsträger die sog. blaue Mappe weiter gegeben?

Außerdem lobt er die Auflistung am Ende des Berichtes, in der die nachgefragten Punkte genau nachvollzogen werden können. Er lobt die gute übersichtliche Vorlage.

Herr Stadtrat Grella kann die Frage von St. Nickel nicht verbindlich beantworten.

Stv Nickel wird den Datenschutzbeauftragten wegen des Falles ansprechen.

einstimmig

0091 **03-V-64-0007**
"Kostenkontrolle im Hochbau"
Statusbericht / 3. Quartal 2003 des Hochbaus (gemäß SV 02-V-64-0020)

einstimmig

0092 **03-A-19-0001**
Prüfgruppe EDV-Projekte Stadtverwaltung

einstimmig

0093 **03-V-63-0007**
Beschaffung und Einführung fachbezogener Standardsoftware

einstimmig

0094 **03-V-20-0029**
Revision Eigenbetriebe und Beteiligungen; hier: Bericht an den Revisionsausschuss

Der Bericht bezieht sich auf den gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (s. nachfolgenden Punkt).

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Herr Löber weist darauf hin, dass der in der Vorlage zitierte § 44 des Haushaltsgrundsätzegesetzes nicht direkt für die Arbeit des Revisionsamtes heran gezogen werden kann. Er gilt vielmehr für den Landes- und Bundesrechnungshof. Für die LHW gilt die HGO in Verbindung mit der Revisionsordnung.

Stellv. Vorsitzender Tollebeek berichtet kurz, dass durch den angeforderten Bericht geklärt werden sollte, inwieweit die Revision in den Eigenbetrieben generell erforderlich ist.

Stv. Dr. Goßmann weist noch einmal darauf hin, dass Auslöser für den Antrag u.a. der Bericht über die Rhein-Main-Hallen war, in dem erwähnt wurde, dass die Innenrevision vom Revisionsamt durchgeführt wird, was nicht zutreffend ist. Außerdem sollten evtl. Spesenabrechnungen und die Vergabe von Freikarten genauer betrachtet werden.

Stellv. Vorsitzender Tollebeek hätte sich gewünscht, nicht nur den Bericht zu erhalten, sondern eine allgemeingültige Regelung zu der Innenrevision und der Magistrat die Innenrevision in den Eigenbetrieben für die Zukunft geregelt hätte.

Herr Schäfer weist auf den letzten Teil der Magistratsvorlage hin, in dem u.a. erwähnt ist, dass von der Innenrevision bei sog. kleinen Betrieben aus Kostengründen bisher abgesehen wurde. Ob eine Konzernrevision Sinn macht bzw. wie die Innenrevision in Eigenbetrieben geregelt werden könnte, dazu müsste ein weiterer Anstoß von Seiten der Politik kommen (Prüfauftrag an den Magistrat).

Im Rahmen der Prüfung der Jahresrechnung könnte evtl. ein Teil der Fragen geklärt werden (stellv. Vorsitzender Tollebeek).

einstimmig

0095

03-F-24-0002

Revision Eigenbetriebe und Beteiligungen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.04.2003 –

s. dazu Beschluss 0094

einstimmig

0096

03-A-19-0002

Prüfung der Jahresrechnung 2000; Bildung einer Prüfgruppe

Zu diesem Punkt liegt ein Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vor (s. nachfolgenden Punkt – Beschluss 0097).

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion fließt in den Beschluss zur Prüfung der Jahresrechnung ein.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Auf Nachfrage von Stv. Goßmann teilt Stellv. Vorsitzender Tollebeek mit, dass die Prüff Themen der CDU-Stadtverordnetenfraktion durchaus im Zusammenhang mit der Jahresrechnung stehen. In den Vorjahren sei die Vorarbeit des Revisionsamtes eine andere gewesen, d.h., dass es hätte eine Auflistung gegeben, die die Arbeit der Stadtverordneten erleichtert hätte.

Die Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat keine gesonderten Prüff Themen vorgelegt.

Herr Schäfer weist darauf hin, dass es schwierig sei, mit den recht allgemein gehaltenen Themenbereichen zu arbeiten. Die Verwaltung müsste in die Lage versetzt werden, die Themen auch mit Infos belegen zu können.

Die Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP werden daher gebeten, die eingereichten Prüff Themen zu konkretisieren. Mitglieder für die Prüff Gruppe (Vors. Wansner, Stv. Sellmann, Stv. Nickel, Stv. Dr. Goßmann und Stv. Bayer) sind benannt.

Stv. Sellmann weist darauf hin, dass in der Auflistung der Prüff Themen seiner Fraktion Seite 10 des Schlussberichtes erwähnt ist – gemeint ist Seite 10 des Erläuterungsberichtes zur Jahresrechnung.

einstimmig

0097

03-F-02-0036

Prüfung der Jahresrechnung 2000

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.09.2003 -

s. Beschluss 0096

einstimmig

0098

02-A-19-0007

Prüff Gruppe Kostenüberschreitungen im Bereich Hoch- und Tiefbau

Der von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 12.12.2002 angeforderte Bericht zur besseren Information von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wiesbaden zu haushaltsrechtlichen Dingen (z.B. durch Fortbildung) liegt noch nicht vor.

Herr Schäfer erklärt dies durch den erfolgten Dezernatswechsel und den Wechsel in der Leitung der Abteilung "Aus- und Fortbildung" im Personal- und Organisationsamt.

Der Magistrat wird gebeten, den Bericht bis zur Sitzung des Ausschusses am 01.10.2003 in schriftlicher Form vorzulegen und in der Sitzung ausreichend zu begründen.

einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

- 0099** **03-V-11-1022**
Kostenentwicklung für öffentliche Stellenausschreibungen
- Ein Bericht der Verwaltung, nach dem die Kosten für externe Stellenausschreibungen u.a. bedingt durch die Haushaltslage zurückgegangen sind, liegt vor. Es wird vermutlich zukünftig zu einer weiteren Kostenreduzierung kommen.
- einstimmig
-
- 0100** **02-V-11-1034**
Kostenentwicklung für öffentliche Stellenausschreibungen
- Die Angelegenheit hat durch den zum vorgenannten Punkt vorgelegten Bericht ihre Erledigung gefunden.
- einstimmig
-
- 0101** **03-V-11-1012**
Handlungskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Förderung der Transparenz des Verwaltungshandelns und der Integrität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Stadtrat Grella berichtet nach Absprache mit Stadtrat Bendel, dass am 03.09.2003 eine Erörterung zwischen Dienststellenleiter und Gesamtpersonalrat statt gefunden hat. Dabei sind insbesondere die Ausführungen der Arbeitsgruppenleiterein zur Kenntnis genommen worden. Ein abschließende Meinung konnte noch nicht gebildet werden.
- In einer überschaubaren Frist rechnet er mit dem Einbringen einer entsprechenden Sitzungsvorlage.
- Nach Mitteilung von Stellv. Vorsitzender Tollebeek steht vor allem noch aus, wo und wie die Stelle des Antikorruptionsbeauftragten eingerichtet werden kann.
- Nach Mitteilung von Herrn Löber ist Gegenstand der Erörterung auch der Stellenwert gewesen. Das Personal- und Organisationsamt geht von einer Stelle mit dem Wert A 13, Endstufe gehobener Dienst aus. Es soll eine Beamtenstelle sein.
- Nach Mitteilung von Stadtrat Grella könnte die Stelle auch mit einem Angestellten besetzt werden.
- Der Ausschuss erwartet für die übernächste Sitzung einen entsprechenden Bericht.
- einstimmig
-
- 0102** **02-V-20-0002**

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Vorlage der durch die Stadtkämmerin bis 30.09.2001 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Mit dieser Vorlage beschäftigt sich der Ausschuss seit Jahren. Die Vorlage stammt noch aus der Zeit, als Frau Vittoria Stadtkämmerin war.

Stadtrat Grella weist darauf hin, dass Herr Muth zu diesem Punkt avisiert war, aber bisher noch nicht eingetroffen ist. Er bittet darum, den Punkt etwas später zu behandeln.

Stellv. Vorsitzender Tollebeek gibt zu Protokoll, dass

- seitens der Verwaltung zu diesem Punkt niemand erschienen ist, der Auskunft erteilen kann und
- dass der Ausschuss zur nächsten Ausschusssitzung den angekündigten Bericht erwartet.

Nach seiner Aussage ist es für Stadtverordnete nicht hinnehmbar, dass die durchschnittliche Dauer der Berichterstattung des Magistrates die durchschnittliche Dauer der Ehe in Deutschland übertrifft. Der Ausschuss erwartet, dass Herr Muth in der nächsten Sitzung anwesend ist.

Herr Muth erscheint später in der Sitzung und wird über die Beschlussfassung zu diesem Punkt informiert.

einstimmig

0103 **01-V-30-0012**
Städtische Versicherungen

s. dazu Beschluss 0102

einstimmig

Die nachfolgende Punkte werden nicht öffentlich beraten.

0104 **03-V-01-0013**
Durchführung einer Innenrevision bei den ELW;
Auswertung der Angebote durch das Revisionsamt mit Bericht vom 02.07.2003

Herr Löber weist auf den vorliegenden Bericht aus 02. Juli 2003 hin. Die einzelnen Angebote wurden eingehend beleuchtet. Gemeinsam mit Herrn Wack (Betriebsleiter ELW) wurde im Vorfeld eine Grundlage geschaffen. Auch die Anbieter sollten wissen, was bei einer Innenrevision von ihnen erwartet wird (Prüfumfang).

Zunächst lag nur ein Angebot der Fa. D & T aus Frankfurt mit einem Jahresaufwand von 25.000 € vor. Diese Firma hatte gleichzeitig den Auftrag, die Jahresrechnung ELW zu prüfen.

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Die verschiedenen Angebote sind verglichen worden. Das Revisionsamt hat auch eine Stellungnahme zu den einzelnen Anbietern abgegeben.

Die Fa. D & T war die Firma mit dem höchsten Stundensatz, d.h., die Firma hatte die wenigsten Prüfstunden angeboten. Diese Stundenzahl wurde von Seiten des Revisionsamtes als zu niedrig angesehen. Die Kämmerei kommt zu einem anderen Ergebnis.

Vors. Wansner (ab ca. 17.50 Uhr in der Sitzung anwesend) berichtet, dass sie aufgrund der Stellungnahme der Kämmerei zu der Fa. D & T sehr irritiert war. Es verwundert sie auch, dass es eine so offene Ausschreibung gegeben hat und sich die Kämmerei in die Fachvorgaben zur Prüfung einmisch. Die Prüffelder waren vorher in Abstimmung mit dem Revisionsamt erarbeitet worden.

Herr Schäfer teilt mit, dass die Kämmerei die Parameter dargestellt hat. Bei der Bewertung spielt die Erfahrung mit, was Wirtschaftsprüfungsgesellschaften erarbeiten. Aus dieser Ahnung heraus kommt die Position der Kämmerei. Die Revision in der Stadt ist ein anderes Themenfeld als die Innenrevision. Es gibt die Eigentümerrevision (Aufgabe des Revisionsamt), die nicht zu beleuchten sei. Thema war, was ein gut geführtes Unternehmen an Innenrevision haben muss, um den Ansprüchen des heutigen Standards gerecht zu werden.

Herr Wack teilt mit, dass noch kein Auftrag erteilt worden ist. Eine Meinungsbildung hat aber statt gefunden. Es war auch nicht die Absicht, dem billigsten Anbieter den Auftrag zu erteilen. Eine Firma, die auch die Jahresrechnung prüft, kann nicht auch gleichzeitig die Innenrevision betreiben, d.h., die Firma D & T wurde nicht berücksichtigt. Die verbleibenden Firmen wurden gebeten, ihre Angebote zu spezifizieren bzw. zu überarbeiten. Danach gab es eine erneute Auswertung in Abstimmung mit dem Revisionsamt und der Kämmerei. Es besteht Übereinstimmung dahingehend, den Auftrag der Fa. Ernst und Young zu erteilen. Das Auftragsvolumen umfasst 25.000 € im Anfangsjahr. Das Prüffeld "Einkauf" wird von ESWE geprüft und ist im Auftragsvolumen von ELW nicht enthalten.

Herr Löber berichtet, dass in 5 Jahren (seit Gründung ELW) ein Prüfauftrag an das Revisionsamt erteilt wurde. Wenn es weiterhin Prüfaufträge an das Revisionsamt gibt und die Innenrevision von einer Firma erfolgt, kann diese Kombination einen Sinn machen und reicht aus. Diese Form der Innenrevision kann nur als Kontrollfunktion funktionieren, wenn sie durch regelmäßige Prüfaufträge begleitet wird.

Vors. Wansner hält das Volumen des Auftrages für die untere Grenze. Sie unterstützt die Beauftragung einer Firma, die nicht gleichzeitig die Jahresrechnung prüft. Sie kündigt eine Vorlage an die Betriebskommission an.

Mit dem Revisionsamt und der Kämmerei wurde nach Mitteilung von Stellv. Vorsitzender Tollebeek eine konsensuale Lösung gefunden.

Es wird ein Beschluss formuliert, der auf die weitere Erteilung von Prüfaufträgen neben der Beauftragung der externen Firma zur Innenrevision abstellt.

einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

0105 **02-A-19-0006**
Sonderprüfung der ELW

s. Beschluss 0104

Nach Mitteilung von Herrn Löber werden dem Ausschuss auch weiterhin Prüfberichte aus dem von Stadtkämmerin Vittoria vorgelegt.

einstimmig

0106 **02-V-70-0012**
Wirtschaftsplan 2002 und Mittelfristplanung 2003 - 2007 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Herr Wack (Betriebsleiter ELW) stellt die Vorlage mündlich kurz vor und weist auf einen Druckfehler hin (positives Ergebnis wurde erstmals nach verlustreichen Jahren in 2002 erzielt), der durch die Stellungnahme, die den Stadtverordneten zuzuging, geklärt wurde.

einstimmig

0107 **02-V-11-1025**
Bericht an den Revisionsausschuss

Stadtrat Bendel hat Stadtrat Grella gebeten, dem Ausschuss zu berichten. Der Vertreter der Einleitungsbehörde (Herr Edel) ist gebeten worden, abschließend Erklärungen zu seinem Bericht abzugeben. Herr Edel befindet sich in Kur und nimmt seinen Dienst am kommenden Montag erst wieder auf.

Der Ausschuss erwartet eine Stellungnahme in der nächsten Sitzung in 3 Wochen.

einstimmig

0108 **00-A-19-0009**
Entwicklung und aktuelle Situation bei dem Revisionsamt

Stadtrat Bendel ist nach Absprache mit Vorsitzender Wansner zu diesem Punkt nicht im Ausschuss anwesend.

Vorsitzende Wansner berichtet darüber, dass interfraktionell Verhandlungen aufgenommen worden sind. Es gibt bisher keine einheitliche Meinung; eine Klärung wird in den nächsten Tagen angestrebt.

In der nächsten Sitzung wird es voraussichtlich einen Vorschlag geben.

Vorsitzende Wansner weist darauf hin, dass sie sehr bemüht sei, einen Weg zu finden und auch weiß, dass es bedauerlich ist, heute keinen konkreten Ablauf vorlegen zu

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

können. Der Vorschlag, der aus den Reihen des Amtes vorgelegt wurde, wird nicht favorisiert. Die SPD-Stadtverordnetenfraktion sei weiterhin der Auffassung, dass eine externe Ausschreibung bei der jetzigen Haushaltslage nicht zu vertreten sei, zumal die voraus gegangene Ausschreibung kein gutes Ergebnis erbracht habe.

einstimmig

0109 **03-V-20-0033**
Quartalscontrolling-Bericht 02/2003 Projekt inteR

einstimmig

0110 **03-V-20-0015**
Quartalscontrolling-Bericht 01/2003 Projekt inteR

Frau Schmertmann und Herr Schäfer sind zu dem Punkt inteR anwesend.
Eine Power-Point-Präsentation findet nicht statt.

Es entsteht eine sehr spezifische Diskussion mit umfangreichen Fachbegriffen.

Stellv. Vorsitzender Tollebeek wirft zu Beginn ein, dass Frau Schmertmann mit Herz und Seele bei der Sache ist, dass betriebswirtschaftliche Kenntnisse letztlich nicht helfen, die Diskussion bzw. den Redebeitrag von Frau Schmertmann zu verstehen.

Stv. Wieltisch berichtet, dass in der voraus gegangenen Sitzung Fragen aufgeworfen wurden, die dort nicht beantwortet werden konnten. Er zählt die Fragen auf.

Vors. Wansner gibt zu bedenken, dass die Personen in der Runde, die nicht mit SAP zu tun haben, der Diskussion sicher nicht wirklich folgen können.
Sie stellt klar, dass der Ausschuss eine Präsentation erbeten hatte, damit alle über den Verlauf informiert werden und alle Teilnehmer Fragen stellen können. Sie schlägt vor, die Fragen zu notieren und diese bei der Präsentation einzubringen bzw. danach zu beantworten. Sie schließt ihre Fragen an (Mit wieviel Geld sind die Schnittstellen veranschlagt? + Warum werden die Schulungen nicht bei uns, sondern bei der vhs durchgeführt?)

Stellv. Vorsitzender Tollebeek gibt der Vorsitzenden Wansner voll inhaltlich Recht und unterstützt die von Vors. Wansner vorgeschlagene Vorgehensweise (Fragen notieren und separat beantworten).

Stv. Nickel bestätigt, dass die inhaltliche Diskussion für einen Laien nicht nachzuvollziehen sei. Er stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die finanzielle Seite des Projektes auf die Bürgerinnen und Bürger hat, was dabei letztlich für den Bürger/die Bürgerin heraus kommt, der Anträge bei der Verwaltung vorlegt und ob durch inteR die Verwaltung freundlicher/effektiver wird für die Bürger/Bürgerinnen.

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Herr Schäfer geht es ähnlich (Verständnis der Fachbegriffe, komplizierte Materie). Es gab aber eine Verständigung darüber, wie man auch Laien bei dem Projekt eine Begleitung ermöglicht. Er ist davon ausgegangen, dass in der heutigen Sitzung die Fragen von St. Wieltch durch eine Fachkraft beantwortet werden sollten. Es ist nicht davon ausgegangen, das Projekt als solches für Laien verständlich darstellen zu müssen. Wenn er den Auftrag so verstanden hätte, dass eine Präsentation erwünscht ist, hätte er gleich gesagt, dass der Zeitpunkt im Moment nicht günstig sei bzw. der Auftrag zur Zeit nicht umgesetzt werden könne.

Stv. Wieltch sieht das Vorgehen ähnlich wie Herr Schäfer. Er hatte konkret zu einem Quartalsbericht Fragen, die in der letzten Sitzung nicht beantwortet werden konnten. Er bestätigt, dass ein gewisser Kreis gebildet wurde, der genau über den Fortgang des Projektes informiert wird, weil es klar war, dass nicht alle Laien immer auf dem gleichen fachlichen Stand gehalten werden können. Das Projekt inteR ist eine Welt für sich, gespickt mit unendlich vielen Fachbegriffen. Man muss ständig im dem Projekt arbeiten, um alle Begriffe zuordnen zu können. Er fragt konkret nach, warum die Schulungen abgebrochen worden sind und möchte über den Stand der Kontrakte informiert werden. Alle spezifischen Fragen würde er auch nachreichen wollen.

Vors. Wansner liest den Beschluss der letzten Sitzung vor. Sie weist darauf hin, dass der Ausschuss das Recht hat, fachlich Auskunft zu erhalten. Die Vorlage der Quartalsberichte reicht nicht unbedingt aus. Sie weist darauf hin, dass die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die das Projekt inteR auch fachlich begleiten, nicht den ausschließlichen Informationsanspruch haben. Von Zeit zu Zeit kann der Ausschuss durchaus eine Darstellung des Standes des Projektes erwarten. Auch die Frage von Stv. Nickel ist ja nicht aus der Luft gegriffen, sondern ein berechtigtes Anliegen bei einem so teuren Projekt. Sie schlägt vor, einen besonderen Termin zur Präsentation inteR auszumachen.

Stv. Bayer kennt nur die Grundzüge von inteR. Er zweifelt an, welchen Sinn ein Projekt hat, dass so kompliziert ist, dass man es sowieso nicht versteht und nicht darstellbar ist. Das hat mehr Zweifel geweckt, als anfänglich überhaupt angedacht.

Stellv. Vorsitzender Tollebeek fasst zusammen, dass man fast davon ausgehen muss, dass eine Fachverwaltung kann ab sofort machen, was sie will, wenn sie nur genügend Fachbegriffe usw. in die Angelegenheit einbaut. Er schlägt vor, die Projektsteuerung (Zeitraumen, Zielsetzung, finanzielle Mittel + Was ist zum Zeitpunkt X erreicht worden?), die auf jedes Projekt anwendbar ist, einzusetzen. Der Job der Verwaltung ist, das Projekt in solche Worte zu fassen, dass die Materie für alle verständlich wird. Die Fragen sollten schriftlich an den Ausschuss beantworten, die Präsentation sollte vielleicht zusammen mit dem FiWi zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Dieses Vorgehen hat nichts mit der Verantwortung der Lenkungsgruppe zu tun. Bei einem Projekt von 25 Mio. € kann die Stadtverordnetenversammlung durchaus in angemessenen Abständen Informationen erwarten.

Frau Schmertmann berichtet, dass sie den Beschluss nicht erhalten habe, die Kämmerei aber selbstverständlich bereit ist, die Präsentation zu machen. Es ist auch denkbar, in

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 10.09.2003

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

regelmäßigen Abständen zu berichten. Wenn es nötig ist, können auch die Quartalsberichte umgestellt werden, damit alles verständlicher wird.

Stellv. Vorsitzender Tollebeek erwartet einen Bericht, der sich auf die Steuerung des Projektes bezieht.

Es soll ein gemeinsamer Termin mit FiWi gefunden werden. Wenn von dort aus kein Interesse besteht, wird Ende November ins Auge gefasst.

Es wird nach längerer Diskussion festgelegt, dass die Form der Quartalsberichte beibehalten werden soll.

einstimmig

0111 Verschiedenes

Herr Löber berichtet von Kassendiebstählen in Schwimmbädern (z.B. Kleinfeldchen).

Hierzu wird es in absehbarer Zeit einen Bericht und ein Konzept des Revisionsamtes geben.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, Oktober 2003

Der stellv. Vorsitzende

Die Schriftführerin

Tollebeek

Koba